

Fragebogen Katholische Aktion Innsbruck

Gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums

Die Katholische Aktion tritt für ein gutes Leben für alle Menschen ein – daher auch für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Leider wird es für immer mehr Menschen in Österreich schwierig, die Rechnungen für Wohnung, Heizung, Strom, Nahrungsmittel und Kleider zu bezahlen. Zugleich besitzt 1% der Bevölkerung ca. 40% des gesamten privaten Vermögens in Österreich.

Frage 1: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen gegen das Auseinandergehen der Einkommensschere und gegen Armut Stellung.

- Einführung von Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer für große Erbschaften und Vermögen

Wir stehen der Einführung einer Erbschafts- oder Vermögenssteuer skeptisch gegenüber. Solange wir eine so hohe Steuer- und Abgabenquote haben und Reformen bei öffentlicher Verwaltung und Ausgaben nicht angehen, sind wir nicht bereit, über neue zusätzliche Steuern zu diskutieren.

Wenn eine Erbschaftssteuer entsprechende Einnahmen bringen soll, dann würde die Höhe der Steuer auch viele Menschen aus dem ohnehin bereits hoch belasteten Mittelstand treffen. Eine Vermögenssteuer wiederum hätte fatale Auswirkungen auf Standort, Investitionen, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. Niemand gewinnt, wenn der Wohlstandskuchen insgesamt kleiner wird.

- Spürbare Erhöhung des Spitzensteuersatzes

Die Einkommensverteilung in Österreich ist - nicht zuletzt aufgrund der progressiven Besteuerung - bereits jetzt äußerst egalitär. Österreichs Spitzensteuersatz ist mit derzeit 55% hoch. Die temporäre Erhöhung von 50% auf 55% im Rahmen der Steuerreform 2015/16 bringt lediglich rd. 20 Mio. EUR an zusätzlichen Steuern pro Jahr - zumal davon nur sehr wenige Steuerzahler betroffen sind (österreichweit rd. 440). Aber bereits Einkommen ab 90.000 EUR werden zwar nicht mit dem Spitzensteuersatz, aber bereits zu 50% besteuert.

Ein hoher Spitzensteuersatz hat eine negative Signalwirkung bei Standortentscheidungen von (internationalen) Unternehmen. Hochqualifizierte wandern ab oder kommen erst gar nicht. Ein insgesamt leistungsfreundlicheres Steuersystem würde Anreize schaffen, in Österreich ausgebildete Menschen im Land zu halten. Innovationen und künftiges Wachstum wird ganz erheblich von Talenten und Fachkräften getragen, die zur Wertschöpfung und damit zum Wachstum beitragen werden (Wachstum würde den Steuerkuchen ebenfalls vergrößern).

- Schließen von steuerlichen „Schlupflöchern“

Fairer Steuerwettbewerb hilft uns allen, da er nationale Regierungen zwingt, verantwortungsvoll mit unserem Steuergeld umzugehen. Schlupflöcher im Steuersystem - genutzt werden diese oft von Großkonzernen mit mehreren internationalen Standorten - schaden hingegen der sozialen Marktwirtschaft. Es ist inakzeptabel, wenn Wirt und Greißler Steuern zahlen, Großkonzerne wie McDonalds und Amazon jedoch nicht. Steuerliche "Schlupflöcher" müssen effektiv geschlossen werden. Wir befürworten daher auch die OECD-weite Globale Mindest(körperschafts)steuer für Großkonzerne und die von der OECD geplanten weiteren Schritte zur Besteuerung von internationalen Digitalunternehmen.

- Grundeinkommen für Kinder

Wir NEOS plädieren für eine Kindergrundsicherung, welche diverse Leistungen zusammenfasst und ergänzt. Zuerst braucht es dafür eine genaue Analyse, welche Leistungen es in welcher Form in welchem Bundesland gibt. Diese sollten jedenfalls in der bürokratischen Abwicklung vereinfacht werden, sodass es keinen besonderen Aufwand darstellt, für Kinder ein chancengleiches und sozial gesichertes Aufwachsen zu garantieren. Wichtig wäre dabei auch, dass wir beispielsweise über Schulesen sozioökonomische Benachteiligungen für eine gute Gesundheitsentwicklung abfedern oder ausreichende soziale Inklusion über Sport- oder Kulturvereine berücksichtigen können.

- Grundeinkommen für alle

Die Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen wurde bei NEOS unter diversen Gesichtspunkten geführt. Unter gegenwärtigen Bedingungen sprechen wir uns klar dagegen aus.

So ist und bleibt die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens vollkommen ungeklärt. Würde man sämtliche (!) Sozialleistungen nehmen und in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens auszahlen, erhalten Erwachsene ungefähr 1.100 Euro und Kinder bis 18 Jahre ungefähr 300 Euro. Jedoch würden in diesem Fall auch alle Pensionen nur 1.100 Euro betragen und auch jeder Arbeitslose bekäme nur 1.100 Euro, selbst, wenn er oder sie vor der Arbeitslosigkeit 5.000 Euro verdient hat. Alle Kinder bekämen gleich viel – auch Kinder mit Behinderung, welche z.B. gegenwärtig die doppelte Familienbeihilfe erhalten.

In einer Familie, in der beide Elternteile jeweils 1.100 Euro bedingungslos zusätzlich erhielten, wäre die Wahrscheinlichkeit hoch, dass zumindest einer der beiden seine Arbeitszeit reduziert. Das würde wiederum die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens massiv erschweren.

Jemand, der 45 Jahre gearbeitet und sich auf das System verlassen hat, wird sich nicht auf einmal mit einem bedingungslosen Grundeinkommen in Höhe von 1.100 Euro (statt der ursprünglichen Anwartschaft bei seiner jeweiligen Pensionsversicherung) zufriedengeben.

Weiters stellen wir die Treffsicherheit in Frage. Denn auch höhere Einkommens- und Vermögensgruppen hätten Anspruch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen.

- Festlegung eines Mindestlohns für eine Vollzeitbeschäftigung, der über der Armutsgrenze (mindestens 60% des Medianeinkommens aller Vollzeitbeschäftigten) liegt

Löhne und Gehälter werden in Österreich vorwiegend von den Sozialpartnern verhandelt. Die zusätzliche Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde dies konterkarieren.

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

- Reform des Steuersystems - Verschiebung der steuerlichen Belastung von Arbeit hin zu einer stärkeren Belastung von Ressourcenverbrauch
- Senkung der (insbesondere nicht-arbeitnehmerbezogenen) Lohnnebenkosten
- Stärkere Leistungsanreize ins Abgabensystem: Vollzeitbonus und eine Ausweitung der Steuerbegünstigung der Überstundenzuschläge
- Pensionssplitting zur Bekämpfung von Altersarmut bei Frauen
- Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen
- Bezüglich Kinderarmutsgefährdung und -ausgrenzung: Mehr Sachleistungen statt Geldleistungen und dadurch größere Treffsicherheit

Klimaschutz

Die Katholische Aktion tritt für einen sorgsamen Umgang mit der Natur und dem Klima ein. Auch die kommenden Generationen sollen eine lebenswerte Umwelt und lebensfähige Natur vorfinden. Dazu muss unser „ökologischer Fußabdruck“ dringend verringert werden.

Frage 2: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- rasche Umsetzung der wichtigsten Empfehlungen des Klimarates

Österreich braucht endlich ein neues Klimaschutzgesetz und Maßnahmen zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf 2,5 h pro Tag. Darüber hinaus ist die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen voranzutreiben.

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- umweltfreundliche und attraktive Gestaltung des öffentlichen Verkehrs
- öffentlicher Verkehrsmittel werden günstiger als die Benützung eines PKW

NEOS bekennen sich zum massiven Ausbau der öffentlichen Mobilität und der nötigen Infrastruktur. Um vorhandene Mittel bestmöglich einzusetzen, reformieren wir die ASFINAG weg von einer Autobahnagentur hin zu einer Mobilitätsagentur. Einzelne Schwerpunkte liegen auf dem grenzüberschreitenden Regional- und dem schnellen Fernverkehr sowie auf der Umsetzung einer österreichweiten, digitalen Mobilitätsplattform, mit der das gesamte Mobilitätsangebot einfach genutzt werden kann.

- europaweite Einführung von Tempolimits, zum Beispiel 100 km/h auf Autobahnen (das Tempo, bei dem stark befahrene Autobahnen am besten ausgelastet sind, ist 90 km/h), 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in Ortsgebieten

Die Festlegung von Tempolimits soll weiterhin eine nationale Angelegenheit bleiben.

- steuerliche Maßnahmen, die große und schnelle Autos unattraktiv machen

In diesem Fall sehen wir die CO₂-Bepreisung als gut geeignetes übergeordnetes Instrument, welches den höheren CO₂-Ausstoß von Fahrzeugen mit hohem Treibstoffverbrauch auch mit einem dementsprechenden Preis versieht.

- rascher Ausstieg aus Öl und Gas

NEOS werden in der nächsten Legislaturperiode weiterhin auf einen schnellen, geregelten Ausstieg aus russischem Gas drängen, sowie darauf, den Gasbezug zu diversifizieren und den Ausbau erneuerbarer Energie zu beschleunigen. Langfristig wird sich der Trend zum Einbau von erneuerbaren und umweltfreundlichen Heizsystemen durch einen steigenden CO₂-Preis weiter verstärken.

- spürbare Drosselung des Ressourcenverbrauchs in Österreich

Wir NEOS wollen die Kreislaufwirtschaft vorantreiben und mit konsequentem Recycling, einem durchdachten Abfallmanagement sowie Upcycling unseren Ressourcen- bzw. Primärrohstoffverbrauch senken.

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

- Eine umfassende Strukturreform im österreichischen Energiemarkt, die den politischen Einfluss auf die Landesenergieversorger beendet und für mehr Wettbewerb und niedrigere Preise sorgt.
- Beschleunigung bzw. Priorisierung von UVP-Verfahren bedeutsamer Infrastrukturvorhaben im Energiebereich.

- Ungenutzte Potenziale, etwa bei der Geothermie, müssen viel rascher genutzt werden.
- Verbindliche Reduktion des Flächenverbrauchs auf 2,5 Hektar pro Tag bis 2030 durch ein Bundesrahmengesetz und Einschränkung der Planungs- und Widmungskompetenzen auf Gemeindeebene sowie Verlagerung auf Landesebene.
- Verbindliche Ausbauziele für alle Bundesländer: Länder sollen über ein Bonus-Malus System beim Finanzausgleich in ihren Zuständigkeiten zum Handeln bewegt werden.

Bildung

Die Katholische Aktion tritt für ein Schulsystem ein, das die durch die Herkunft der Kinder bedingten Unterschiede ausgleicht und für gleiche Chancen für alle sorgt. Das ist derzeit nicht der Fall. Nachweislich wird in Österreich Bildung stärker „vererbt“ als in vielen anderen Staaten der EU, das heißt, die wirtschaftliche Lage und der Bildungsgrad der Eltern bestimmen weitgehend die Bildungs- und Berufschancen der Kinder. Es sollten sich aber alle Kinder zu verantwortungsvollen und leistungsfähigen Erwachsenen entwickeln können, die sich schließlich zu einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie bekennen.

Frage 3: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Schaffen eines ausreichenden Angebotes an Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder jeden Alters
- Einführung der gemeinsamen Schule für 6- bis 14-Jährige
- ein dem Bedarf entsprechendes Angebot an Ganztagschulen (mit kostenlosem und gesundem Mittagessen)
- sehr gute Ausbildung der Vorschulpädagog*innen und Lehrer*innen aller Schulstufen
- Einstellung von Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und ausreichend viel administrativem Personal zur Entlastung der Lehrpersonen in den Schulen
- Anleitung aller Kinder und Jugendlichen zum kritischen und verantwortungsvollen Umgang mit Medien

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Ein chancengerechtes Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen eine Startrampe in ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben bietet, ist für NEOS ein zentrales Ziel. Der erste und vielleicht wichtigste Ansatz dafür ist die Elementarpädagogik. Beim Ausbau des Angebots an Kindergärten- und Krippenplätzen wurden Fortschritte erzielt, wobei einige Bundesländer wie Tirol weiterhin Aufholbedarf haben. Österreichweit dringend notwendig sind jetzt entschiedene Investitionen in die Qualität für die Kinder. Wir setzen uns für einen Stufenplan für kleinere Gruppen und mehr Pädagog:innen ein, damit jedes Kind mit seinen Bedürfnissen wahrgenommen und in seinen Talenten gefördert wird.

Im Schulbereich ist eine Chancenbonus-Finanzierung ein entscheidender Hebel. Schulen mit größeren sozialen Herausforderungen sollen mehr personelle und finanzielle Ressourcen bekommen, damit die Brennpunktschule zur Aufstiegsschule wird. Ganz besonders in diesen Schulen - und langfristig gesehen in allen Schulen - sollen Sozialarbeiter:innen und Psycholog:innen vor Ort tätig sein, um die Schüler:innen besser zu betreuen und die Lehrkräfte für ihre Kernaufgaben freizuspielen.

Der reflektierte Umgang mit Medien, bspw. mit Social Media, und insgesamt das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft soll aus NEOS-Sicht Teil eines neuen

Schulfachs "Leben in einer Demokratie" werden. Dieses gemeinsame Fach für alle Schüler:innen ergänzt den nach Konfessionen getrennten Religionsunterricht, der ebenfalls Fragen des Zusammenlebens behandelt.

Die Gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen kann ein Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit sein, wenn sie in eine sinnvolle und gut begleitete Gesamtreform des Bildungssystems eingebunden ist. Als NEOS treten wir langfristig für eine gemeinsame, binnendifferenzierte, voll autonome Schule ein, die in öffentlicher wie in privater Trägerschaft schulgeldfrei für alle zugänglich ist.

Wohnen

Wohnen ist wie Nahrung, Kleidung und Gesundheit ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Katholische Aktion tritt dafür ein, dass Wohnen nicht zum Spekulationsobjekt werden darf und die Kosten für das Wohnen teilweise reguliert werden. Ein „freier Markt“, der dafür sorgt, dass Wohnen für viele Menschen kaum oder gar nicht mehr leistbar ist, ist nicht „frei“.

Frage 4: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- werden Gründe zu Baugründen umgewidmet, muss ein Teil davon zu festgesetzten niedrigen Preisen verkauft und dem sozialen Wohnbau gewidmet werden
- gesetzliche Festlegung der Zinsen für Wohnbaukredite, entsprechend dem geringen Risiko der Banken für diese
- Beschränkung der Gewinne aller am sozialen Wohnbau beteiligten Firmen und Banken auf ein sozial verträgliches Maß
- Überprüfung der Bauvorschriften auf Sinnhaftigkeit (zum Beispiel Verpflichtung zu Stellplätzen etc.) und gegebenenfalls Reduktion derselben
- Reduktion von Bodenversiegelung durch verdichtetes Bauen und Priorität auf Sanierungen

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Eine verpflichtende Widmung eines gewissen Prozentsatzes von neu gewidmeten Grundstücken für sozialen Wohnbau, wie es das z.B. in Wien gibt, kann eine Möglichkeit sein, um genügend Bauland für gemeinnützige Wohnbauträger zur Verfügung zu stellen. Hierbei muss aber auf Verhältnismäßigkeit geachtet werden - Bauen muss für Bauträger weiterhin attraktiv bleiben, damit genügend Bautätigkeit zustande kommt.

In Österreich funktioniert der Wettbewerb zwischen Banken ausreichend, um Kreditzinsen fair zu halten. Einen Markteingriff wie die Festlegung der Zinsen für Wohnbaukredite finden wir darum überschießend.

Für Beteiligungen an gemeinnützigen Wohnbauträgern gilt bereits eine restriktive Gewinn- und Ausschüttungspolitik, die unserer Ansicht nach ausreichend ist.

Viele Bauvorschriften, wie z.B. die Stellplatzverpflichtung, sind nicht mehr zeitgemäß und treiben Preise beim Bauen in die Höhe. Eine Harmonisierung und Entrümpelung der Bauordnungen wäre sinnvoll.

Bodenversiegelung ist uns ebenfalls ein großes Anliegen - Nachverdichtung und Priorisierung von Sanierungen sind dabei dem Bauen auf der grünen Wiese jedenfalls vorzuziehen. So gehen wir schonender mit knappen Ressourcen um und schaffen wir nachhaltigeren und leistbaren Wohnraum.

Gesundheit

Die Katholische Aktion tritt für hohe Qualität im Gesundheitswesen ein, die sozial gerecht verteilt werden muss. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen muss für alle möglich sein. Die derzeit de facto bestehende „Zwei-Klassen-Medizin“ muss zurückgebaut werden.

Frage 5: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Sicherstellung einer öffentlich finanzierten wohnortnahen Grundversorgung (insbesondere durch Hausärztinnen und Hausärzte, Hauskrankenpflege, Gesundheitszentren)

Um eine solche Grundversorgung wieder besser zu garantieren, braucht es attraktivere Kassenverträge, damit wieder mehr Ärzt:innen in der Kassenstruktur tätig sind und die freien Kassenstellen nachbesetzt werden können. Den neuen Schwung beim Ausbau der Primärversorgungszentren begrüßen wir sehr, immerhin scheinen die Arbeitsbedingungen für Ärzt:innen dort wieder attraktiver zu sein und das verbesserte Zusammenspiel der verschiedenen Gesundheitsberufe ermöglicht eine umfassendere Wahrnehmung von Gesundheit und damit mehr Rücksicht auch auf Präventionsaspekte (bspw. verbesserte Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Physiotherapie oder Pflege). In der Pflege wünschen wir uns einen nachhaltigen Aufbau von Community Nurses und mobiler Pflege bzw. eine Ausweitung der Hauskrankenpflege - damit in allen Bundesländern auch nötige Pflegeleistungen kassenfinanziert werden können und überflüssige Krankenhausbesuche reduziert werden können.

- Stärkung des Kassenarztwesens und der Kassengruppenpraxen

In Tirol sind Anfang 2024 fast zehn Stellen für Allgemeinmediziner offen gewesen - das ist ein klares Zeichen dafür, dass die Kassenverträge und Arbeitsbedingungen attraktiver werden müssen. Wir setzen uns bei Gesprächen mit Kasse und Kammer für eine umfassende Verbesserung ein und hoffen, auch den Arbeitsalltag positiv beeinflussen zu können, indem wir uns für fortschreitende Digitalisierung und damit weniger bürokratischen Aufwand sowie strukturierte Programme, damit Ärztinnen in der Behandlung chronischer Patienten Erleichterungen und bessere Abgeltungen haben, einsetzen. Gerade in ländlichen Regionen wäre es aber auch wichtig, dass wir den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Übernahme von Aufgaben durch Praxisgemeinschaften forcieren - so kann die Arbeitslast der wichtigen öffentlichen Aufgaben besser verteilt und einzelne Ärztinnen entlastet werden.

- Verpflichtung von Wahlärzten zu Kassenleistungen in Not- und Mangelsituationen

NEOS vertreten schon seit langem die Position, dass alle Menschen, die ihre Versicherungsbeiträge zahlen, auch die entsprechende Leistung erhalten sollten. Wo Versicherungsträger gar nicht in der Lage sind, Kassenärzte anzuwerben (und nicht anhand der Verträge nachgebessert werden kann) fordern wir daher eine vollständige Erstattung der Wahlarztrechnungskosten. In Notfallsituationen sind ohnedies alle Ärzte durch ihren Eid zur Hilfestellung verpflichtet, hier ist aufgrund der Fragestellung leider nicht ganz ersichtlich, welcher Anwendungsfall gemeint ist.

- Einrichtung von Gesundheitszentren zur Entlastung von überlaufenen Spitalsambulanzen

Sollten Gesundheitszentren als Primärversorgungszentren gemeint sein, können diese gerade für Terminambulanzen eine große Entlastung bedeuten. Notfallambulanzen sind dagegen leider aufgrund der schlechten Gesundheits- und Systemkompetenz der Bevölkerung überlaufen. Hier braucht es einerseits mehr Bewusstseins- und Orientierungsarbeit, andererseits mehr Patientensteuerung - wo beispielsweise die Terminversuche über 1450 Anlass zu Hoffnung geben und vorgelagerte Erstversorgungsambulanzen auch eine Erleichterung für Krankenhäuser bedeuten.

- Angebot einer kostenlosen Beratung und Behandlung für Menschen in psychosozialer Not

Diese Notwendigkeit sehen wir jedenfalls gegeben und wir setzen uns mittels Anfragen, Anträgen und im direkten Austausch mit diversen Stakeholdern auch massiv für einen Ausbau der psychosozialen Versorgung ein.

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Zusätzlich zu den besprochenen Anwendungsbereichen sehen wir einen großen Bedarf zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz von Personen. Es braucht mehr Orientierung, wann welche Art von Gesundheitsberuf wie dringend nötig ist. Damit künftige Generationen schon besser vorbereitet sind, braucht es auch mehr Fokus auf Gesundheitskompetenz in der Schule. Des Weiteren sehen wir anhand der niedrigen Anzahl an gesunden Lebensjahren und der hohen Anzahl an chronischen Krankheiten, dass ein dringender Ausbau der Präventionsprogramme, ein stärkerer Fokus auf Ernährung, Bewegung und Vorsorge sowie eine gute Versorgung von chronischen Krankheiten dringend nötig ist.

Bedeutung von Care-Arbeit

Care-Tätigkeiten wie Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung haben einen unverzichtbaren Stellenwert in der Gesellschaft, bezahlt und unbezahlt, in Einrichtungen und in privaten Lebenszusammenhängen, bezogen auf Gesundheit, Erziehung, Betreuung u.v.m. Care, also die Sorge für andere, für das Gemeinwohl und für sich selbst ist keine Privatangelegenheit (die hauptsächlich unbezahlt von Frauen geleistet wird), sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und bedarf der gesellschaftspolitischen Förderung.

Frage 6: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Angemessene Finanzierung und Entlohnung professioneller Care-Arbeit

Gerade in systemrelevanten Care-Berufen wie in der Pflege oder auch in Bildungs- und Betreuungsberufen gibt es teilweise Nachbesserungsbedarf bei der Finanzierung. Noch schwerwiegender sind aber die Arbeitsbedingungen, die oftmals zu einem raschen Ausstieg der Personen aus Care-Jobs führen. Dass gerade die öffentliche Hand hier der größte Arbeitgeber ist, ist dementsprechend eher ein Armutszeugnis und zeigt auch, wie wenig nachhaltig die Personalpolitik ist.

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Care-Berufen

Gerade die "Pflegereformen" der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Arbeitsbedingungen in der politischen Diskussion keinen ausreichenden Stellenwert einnehmen. Die Digitalisierung sollte genutzt werden, um Patientenakten (für Behandelnde) besser nachvollziehbar zu machen und Bürokratie abzubauen, Gesundheit sollte innerhalb von Betrieben auch für Mitarbeiter durch beispielsweise Hebeworkshops oder die Angebote von psychosozialer Unterstützung stärker in den Fokus gerückt werden. Im Mittelpunkt der Veränderungen sollte jedenfalls stehen, dass mehr Zeit für die zwischenmenschlichen Aspekte da ist und jeder Beruf seine Kompetenzen so gut wie möglich ausnutzen kann.

- Ermöglichung von mehr Zeit für Care im Alltag und im Lebenslauf

Hier ist leider nicht ersichtlich, ob es sich auf formelle oder informelle Care Arbeit handelt - also arbeitsbezogene Fragen oder beispielsweise um die Frage nach pflegenden Angehörigen oder Karenzzeiten. Aufgrund des Umfangs der Antwortmöglichkeiten bitten wir hier um Rückmeldung.

- Förderung sorgender Nachbarschaften und Gemeinschaften (Caring Communities)

Gerade in zersiedelten, ländlichen Regionen kann es im Alter sehr schwer sein, die soziale Anbindung zu behalten, selbstständig zu bleiben und damit auch den Gesundheitszustand besser zu halten. Hier braucht es Gegenmaßnahmen, die von einer Revitalisierung der Ortszentren (um beispielsweise den selbstständigen, autolosen Einkauf zu ermöglichen), zu Tageseinrichtungen und Community Nurses viele Aspekte abdecken können. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnformen für mehrere Generationen forciert werden, Tageszentren als Maßnahme gegen Vereinsamung oder auch Pilotprojekte zu Social Prescribing ausgebaut werden.

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Die Kernmaßnahme ist wohl die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wir sehen aber auch, dass das nicht nur über Materien des Arbeitsrechts gehen wird, sondern Kompetenzen stärker betont werden müssen und damit die soziale Anerkennung verbessert werden muss. Zusätzlich haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass es besonders in Fachspezialisierungen (OP-Pflege, Schmerz- oder Demenzschwerpunkte usw.) einen Mangel gibt. Diesem kann unseres Erachtens nur gegengewirkt werden, wenn Arbeitsbedingungen verbessert werden und Pflegekräften mehr Möglichkeiten zur Weiterentwicklung angeboten werden. Auch eine Stärkung der mobilen Pflege und verbesserter Zugang zu sozialer Unterstützung können hier positive Effekte haben.

Migration

Die Katholische Aktion tritt für die Beachtung der Menschenrechte und für einen respektvollen Umgang mit Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migrant*innen ein. Die damit verbundenen Belastungen müssen gerecht verteilt werden, sodass für Österreicher*innen mit geringem Einkommen kein Nachteil entsteht.

Frage 7: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- faire und beschleunigte Asylverfahren für Flüchtlinge

Wer Schutz durch Asyl sucht, hat ein Recht darauf, in Österreich ein rechtsstaatliches Verfahren zu bekommen. NEOS fordern eine Qualitätsverbesserung und Beschleunigung der Asylverfahren in Österreich, denn das schafft schnell Klarheit. Bis zur zweitinstanzlichen Entscheidung dürfen nicht mehr als 180 Tage vergehen.

- einen Gemeindeschlüssel zur Verteilung von Flüchtlingen im Bundesgebiet

NEOS fordern eine Wohnsitzauflage für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte. In Österreich sind geflüchtete Personen sehr ungleich verteilt und dadurch entstehen Herausforderungen. Gerade das Bildungswesen steht durch die hohe Anzahl an geflüchteten Kindern, die die deutsche Sprache erst erlernen müssen, vor großen Herausforderungen. Eine bessere Verteilung der Geflüchteten ist aus integrationspolitischer Sicht wichtig, damit die Aufgabe der Integration auf die Gemeinden und die Bundesländer verteilt wird und sich die Integrationschancen der Betroffenen verbessern. Dafür braucht es einen entsprechenden Ausbau der Integrationsmaßnahmen und -angebote in den Bundesländern und eine Wohnsitzauflage. Eine Wohnsitzauflage für Schutzberechtigte würde dafür sorgen, dass der Bezug von Sozialleistungen an den Wohnsitz in einer bestimmten Gemeinde gekoppelt ist. Die Wohnsitzauflage endet, sobald Schutzberechtigte eine Berufstätigkeit nachweisen können.

- eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU

Asyl und Migration sind Themen, die unseren ganzen Kontinent betreffen – und daher auch europäische Antworten brauchen. Wir müssen die europäische Zusammenarbeit vertiefen, einen effektiven Schutz der Außengrenzen sicherstellen und die europäischen Institutionen stärken. Das Ziel ist ein gemeinsames EU-Asylsystem mit einer gemeinsamen europäischen

Asylbehörde. Sie führt in Aufnahmezentren an der EU-Außengrenze eine Grundabklärung durch und sorgt für eine gerechte, verbindliche Aufteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

- Verbot der Abschiebung von Kindern und Jugendlichen

Im Sinne der Rechtsstaatlichkeit müssen Kinderrechte bzw. das Kindeswohl natürlich im Asyl- und Fremdenrecht beachtet werden, auch bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Die Berücksichtigung von Kinderrechten verhindert Willkür bei Entscheidungen über Schutz oder Bleiberecht.

- Verbot der Abschiebung von Personen in Mangelberufen

Österreich leidet an einem historischen Arbeitskräftemangel, weshalb Menschen, die bestens integriert sind und in Mangelberufen arbeiten, nicht abgeschoben werden sollen. Das ergibt sowohl aus menschlicher als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht Sinn.

- kostenloses Angebot von Deutsch-Kursen für alle Zuwanderer, das verpflichtend angenommen werden muss

Zuwanderer, die auf Basis des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes nach Österreich einreisen, müssen in der Regel bereits Deutschkenntnisse vorweisen. Für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte braucht es umfassende Integrationsangebote. Eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration ist der Erwerb der deutschen Sprache. Daher braucht es für diese Zielgruppe ausreichend Deutschkurse, die auch verbindlich wahrgenommen werden müssen. Auch für Asylwerber:innen mit einer hohen Anerkennungschance fordern wir NEOS bereits während dem Asylverfahren Integrationsangebote, u.a. Deutschkurse.

- rasche Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt Bekenntnis zur österreichischen Verfassung als Bedingung für dauerhaften Aufenthalt

Wirtschafts- und Integrationspolitik müssen generell stärker zusammengedacht werden. Zugewanderte sollen gezielt in Branchen mit Fachkräftemangel ausgebildet und eingesetzt werden. Zudem müssen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt möglichst rasch ermöglichen und unkompliziert gestalten. Das beinhaltet auch einen Ausbau der AMS-Kompetenzchecks, eine Neugestaltung des Integrationsjahrs und schnellere Nostrifizierungen, um Qualifikationen aus dem Herkunftsland anzuerkennen und die vorhandenen Potenziale zu nutzen. Beim Einstieg in die Erwerbstätigkeit müssen wir Frauen besonders fördern, um traditionelle Rollenbilder aufzubrechen.

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

- Bekenntnis zur österreichischen Verfassung als Bedingung für dauerhaften Aufenthalt

Integration kann nur auf Basis unverhandelbarer Grundwerte gelingen. Als aufnehmende Gesellschaft verlangen wir den vollen Respekt für den Rechtsstaat, die Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichwertigkeit von Frau und Mann und die Freiheit der sexuellen Orientierung. Wir brauchen daher einen Ausbau bedürfnis- und zielgruppengerechter Werte- und Orientierungskurse, die mit individueller Beratung und mit Coachings verknüpft sind. Gemeinsam mit Zugewanderten wird ein individueller Integrations- und Bildungsplan erarbeitet und verbindlich vereinbart, Unterstützung bei der Umsetzung ist inkludiert.

Friedenspolitik und Verteidigung

Die Katholische Aktion tritt für Methoden gewaltfreier Verteidigung ein. Das Einüben dieser Methoden stärkt die demokratische Gesinnung und das Selbstbewusstsein der Bevölkerung. In diesem Sinne ist auch die Sorge für sozialen Ausgleich, Solidarität und das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten ein unverzichtbarer Teil der geistigen Landesverteidigung. Ein wichtiger Teil der Friedenspolitik ist die

Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des globalen Südens. Der Staat Österreich zählt zu den europäischen Schlusslichtern bei Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit. Statt dem vorgegebenen Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für staatliche Entwicklungszusammenarbeit stellt Österreich nur 0,31 Prozent zur Verfügung.

Frage 8: Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Sicherstellen einer wirtschaftlichen Grundversorgung auf nationaler und europäischer Ebene
- Vermeidung von wirtschaftlicher Abhängigkeit von autoritären, nicht demokratischen und gewaltbereiten Staaten
- laufende Veröffentlichung von Gewinnen der Rüstungsindustrie (wie es auch Papst Franziskus gefordert hat)
- deutliche Positionierung Österreichs gegen zu Gewalt und Krieg führenden Unrechtsverhältnissen jeder Art in der Welt
- sofortiger Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen zu jedem Land, das Angriffskriege führt
- Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (wie schon seit Jahrzehnten beabsichtigt)
- faire Handelsbeziehungen, insbesondere Verschärfung des Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

NEOS haben zu praktisch allen Punkten auf Ihrer Liste bereits Anträge eingebracht und/oder Anfragen an die Regierung gestellt. Wir unterstützen alle Maßnahmen der Regierung, die auf Diversifizierung weg von aggressiven Staaten oder denen, die Menschenrechte missachten, abzielen und fordern konsistent mehr und härtere Maßnahmen. Wir haben eine Anzahl von Anträgen eingebracht, Russland nach dem Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 härter zu sanktionieren – von NordStream II bis hin zu Ausweisungen von diplomatischem Personal. Wir sind die einzige Partei, die einen Plan für den vollständigen Ausstieg von russischem Gas fordert. Auch in anderen Fällen – Iran, Myanmar etc. – fordern wir Sanktionen gegen Regimeunterstützer:innen.

Auch fordern wir die Bundesregierung auf, derartigen Regimen keine *dual-use* Technologien zur Unterdrückung ihrer Bevölkerung oder zur Kriegsführung zur Verfügung zu stellen. Erst im Juni lehnten die Regierungsparteien eine Verbesserung der *dual-use* Bestimmungen leider ab.

Die Erhöhung der EZA-Mittel auf 0,7% fordern wir im EZA-Unterausschuss seit Jahren, genauso wie innovative Alternativen, wie z.B. humanitäre Hilfe aus anderen Töpfen, um zumindest theoretisch das 0,7%-Ziel zu erreichen. Bislang hat die Regierung keinem dieser Anträge zugestimmt.

Das LKG wurde gerade erst beschlossen. In der jetzigen Phase ist es daher wichtig, die Umsetzung so zu gestalten, dass die gesteckten Ziele ohne allzu große unerwünschte Nebeneffekte erreicht werden können.